

INHALT

1. Dank und Anerkennung für Jost de Jager
2. CDU-Fraktion legt Änderungsanträge zum Haushalt vor
3. Glücksspielstaatsvertrag
4. Wechsel im HSH-Aufsichtsrat

11.01.2013

Dank und Anerkennung für Jost de Jager CDU-Fraktion bedauert Rücktritt de Jagers



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, hat den am Dienstag verkündeten Rückzug von CDU-Landeschef Jost de Jager von allen politischen Ämtern mit größtem Bedauern zur Kenntnis genommen.

„Ich bedauere diesen Schritt zutiefst. Wir haben persönlich und auch politisch außerordentlich gut zusammen gearbeitet. Er hat als Landesvorsitzender der CDU Schleswig-Holstein wichtige und richtige Weichenstellungen für die Zukunft unserer Partei vorgenommen. Die CDU verliert mit ihm einen strategischen Kopf, der die Modernisierung seiner Partei entschlossen vorangetrieben hat. Ich bedauere, dass er sich nicht in der Lage sieht, diese Arbeit fort zu setzen“, so Johannes Callsen.

De Jager habe sich in schwierigen Zeiten von der CDU in die Pflicht nehmen lassen.

„Dafür verdient er an erster Stelle Dank und Anerkennung. Für seinen angekündigten Rückzug ins Private und seine berufliche Neuorientierung wünschen wir als CDU-Fraktion ihm von Herzen alles Gute“, so Callsen.

CDU-Fraktion legt Änderungsanträge zum Haushalt vor Schwerpunkte bei Bildung, Soziales und Infrastruktur



Tobias Koch, MdB

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat diese Woche ihre Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf der Landesregierung vorgelegt. Ziel der CDU ist es, bereits im Jahr 2017 die dauerhaften Ein- und Ausgaben in Deckung zu bringen.

Die vorgelegten Änderungsanträge sehen dabei eine Absenkung der Neuverschuldung um mehr als 133 Millionen Euro gegenüber dem Regierungsentwurf vor. Gleichzeitig setzt die CDU bewusst Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Soziales und Verkehr, die durch Kürzungen an anderen Stellen vollständig gegenfinanziert sind.

„Mit hohen Steuereinnahmen und niedrigen Zinssätzen hat Schleswig-Holstein jetzt die letzte Chance, den Finanzkollaps abzuwenden. Nur wenn wir diese Chance nutzen, können wir für unsere Kinder einen handlungsfähigen Sozialstaat erhalten. SPD, Grüne und SSW haben jedoch nicht die Kraft den Menschen die Notwendigkeit der Prioritätensetzung und des Verzichts zu erklären. Sie fahren die Landesfinanzen in vollem Bewusstsein gegen die Wand“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen in Kiel.

Die CDU-Fraktion hingegen setzte auch in der Opposition den Kurs aus Regierungszeiten fort. Mehrausgaben würden dabei durch Kürzungen an anderer Stelle gegenfinanziert und die Neuverschuldung werde soweit wie möglich reduziert, um die Schuldenbremse einzuhalten.

Neben der deutlichen Reduzierung der Neuverschuldung setzte die CDU-Fraktion mit ihren Anträgen auch klare Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Soziales und Infrastruktur.

So solle der Unterrichtsausfall durch eine Aufstockung des Vertretungsfonds (drei Millionen Euro) bekämpft und mehr Geld für Schulen in freier Trägerschaft (2,9 Millionen Euro) bereitgestellt werden. Im Sozialbereich solle eigens ein Landärzteprogramm zur besseren Versorgung im ländlichen Raum aufgestellt, ein Fonds für Barrierefreiheit aufgelegt, sowie die vom Land finanzierten Pflegeausbildungsplätze verdoppelt werden. Im Bereich Infrastruktur sollen insgesamt sieben Millionen Euro und damit 3,1 Millionen Euro zusätzlich für den Neu-, Um-, und Ausbau sowie die Grundinstandsetzung maroder Landesstraßen investiert werden.

„Die Finanzministerin reizt die Schuldengrenze bis zur Oberkante Unterlippe aus. Mit

überhöhten Haushaltsansätzen wird der Regierung ein Blankoscheck ausgestellt, den sie problemlos im Laufe des Jahres für beliebige Mehrausgaben nutzen kann. Dies ist weder mit Haushaltswahrheit und Klarheit noch mit unserem Parlamentsverständnis vereinbar", kritisierte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Tobias Koch den Etatentwurf der Landesregierung.

Glücksspielstaatsvertrag

Dänenampel im Blindflug Richtung Vertragsverletzungsverfahren!



Hans-Jörn Arp, MdL

Diese Woche haben die Regierungsfractionen von SPD, Grünen und SSW in der gemeinsamen Sitzung des Innen- und Rechts- mit dem Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags per Zustimmung den Beitritt Schleswig-Holsteins zum höchst umstrittenen Glücksspielstaatsvertrag der anderen 15 Länder empfohlen.

Bislang steht jedoch noch jegliche Reaktion der Europäischen Kommission auf die Antwort der Regierungsfractionen auf die sehr kritische „Detailed Opinion“ der EU-Kommission zu den Gesetzesentwürfen aus. Da auch das für den 24. Januar terminierte BGH-Urteil zum Glücksspielstaatsvertrag noch aussteht hatte die CDU-Fraktion beantragt die Entscheidung zu vertagen.

„Die Küstennebekkoalition ist im Blindflug Richtung Vertragsverletzungsverfahren unterwegs. Vermutlich wollen SPD, Grüne und SSW ihr Vorhaben noch am 23. Januar 2013 durch den Landtag bringen. Die Möglichkeit, dass der BGH einen Tag später den Glücksspielstaatsvertrag für europarechtswidrig erklärt, nehmen Stegner, von Kalben und Harms billigend in Kauf“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp dazu.

Die EU-Kommission habe deutliche Bedenken gegen die Vorhaben der Landesregierung formuliert und diese seien bis heute nicht ausgeräumt. „Die EU-Kommission hat ausdrücklich die Möglichkeit eines Vertragsverletzungsverfahrens benannt. Wer in Kenntnis dieser Risiken ein Gesetz durch den Landtag peitscht, spielt Russisches Roulette und riskiert schmerzhaft Schadensersatzforderungen der Glücksspielanbieter“, so der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Tobias Koch.

„Herr Stegner ignoriert in dieser Frage Fakten und Recht. Dass seine Fraktion ihm dabei blind folgt, ist seit langem bekannt. Das sich nun aber auch Grüne und SSW - entgegen ihrer früherer Stellungnahmen - in den Zug der Lemminge einreihen erschüttert mich“, so Arp.

Wechsel im HSH-Aufsichtsrat CDU kritisiert Politisierung des Aufsichtsrats

Auf einer Pressekonferenz der beiden Anteilseigner Hamburg und Schleswig-Holstein am heutigen Freitag (11.01.2012) gaben die zuständigen Ressortchefs, Finanzministerin Monika Heinold und Finanzsenator Peter Tschentscher den Wechsel an der Spitze des Aufsichtsrats der HSH-Nordbank bekannt.

Kurz zuvor war bekannt geworden, dass der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende Hilmar Kopper spätestens zum 28. Februar 2012 aus dem Gremium ausscheidet. Kopper hatte 2009 auf Wunsch der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg den Aufsichtsratsvorsitz übernommen und die Neuausrichtung der HSH-Nordbank maßgeblich vorangetrieben.

"Herr Kopper hat den Vorsitz des Aufsichtsrates der HSH Nordbank in einer äußerst schwierigen Situation für die HSH Nordbank übernommen und zur Stabilisierung der Bank beigetragen. Dafür gebührt ihm Dank. Im weiteren Verlauf seiner Tätigkeit mussten wir leider feststellen, dass die Interessen der Anteilseigner von ihm nicht immer wie gewünscht umgesetzt worden sind. Der jetzt angekündigte Rückzug ist daher folgerichtig. Für seine weitere Zukunft wünschen wir Herrn Kopper persönlich alles Gute", erklärte dazu der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Tobias Koch.

Skeptisch sehe die CDU hingegen die Entscheidung, mit Thomas Mirow (SPD) und Thomas Losse-Müller (Grüne) wieder zwei Politiker in das Aufsichtsgremium der Bank zu entsenden. Der ehemalige Hamburger Wirtschaftssenator Mirow soll dabei den Vorsitz des Aufsichtsrats von Kopper übernehmen.

"Es war für die HSH Nordbank in der Vergangenheit nicht hilfreich, Gegenstand und Spielball politischer Auseinandersetzungen zu sein. Mit der erneuten Politisierung der Aufsichtsratsbesetzung wird einer solchen Entwicklung auch in Zukunft Vorschub geleistet. Die CDU-Fraktion hätte deshalb weiterhin die Besetzung des Aufsichtsrates nach rein fachlichen Kriterien ohne Berücksichtigung des Parteibuches vorgezogen", so Koch.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de